

Haushaltsrede 2012 von Ernst Goldbeck für die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Ibbenbüren

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jacques Chirac sagte einmal: „Politik ist wie Theater. Es ist die Aufgabe der Opposition, die Regierung abzuschminken, während die Vorstellung noch läuft.“ Im Rat von Ibbenbüren gibt es unter der Führung des Bürgermeisters keinen inhaltlichen Unterschied der dominanten Parteien mehr. Umso wichtiger ist die Stimme der Opposition. Macht, meine Damen und Herren, ist nicht gleichzeitig Legitimation für richtiges Handeln.

Ohne Zweifel beraten wir heute einen Haushalt in äußerst schwierigen Zeiten und der Kämmerer ist nicht um seine Aufgabe zu beneiden, aber der Haushaltsplan 2012 bietet keine Perspektiven für sozial ausgleichendes, kommunales Wirtschaften an. Anleitungen für einen Weg, um der drohenden Haushaltssicherung zu entgehen, gibt dieses Werk wieder einmal nicht.

Dieser Haushaltsplan ist einmal mehr geprägt vom Ehrgeiz des Bürgermeisters, irgendwie eine Mehrheit zu erreichen. Genauso lief es letztes Jahr. Wie zufällig half die CDU dem Bürgermeister aus der Verlegenheit. Genutzt hat es im Sinne des Haushalts nichts. Nicht einmal das Sparziel 200.000 € am Aaseebad wurde erreicht.

Den Bürgern der Stadt, Herr Bürgermeister wird die finanzielle Hauptlast aufgebürdet. Steigende Spritpreise, höhere Kosten für Gas, Strom und Lebensmittel - alles das bringt Familien finanziell an ihre Grenzen. Darauf setzen Sie nun noch Mehrbelastung bei der Ganztagsbetreuung, den Kindergartenbeiträgen, der Mittagsverpflegung an den Schulen, den Gebühren bei den Buchausleihen. Den Gipfel des unsozialen Sparkataloges erreichten Sie mit der Streichung von Erstattungen von Mitgliedsbeiträgen für Sportvereine. Um den Preis von sage und schreibe 1700 € nehmen Sie in Kauf, dass Kinder, deren Eltern nicht genug Geld haben, ausgegrenzt und stigmatisiert werden.

Nahezu überparteilicher Konsens ist es wohl, die Familien über die Grundsteuer B stark zu belasten und die Wirtschaft über die Gewerbesteuer nur symbolisch zu beteiligen. Die Grundsteuer A für landwirtschaftliche Betriebe wird gesenkt, womit die Einflussnahme der CDU-Fraktionsspitze geklärt sein dürfte; mit tatkräftiger Unterstützung der SPD-Fraktion versteht sich.

Unsere Position ist das nicht. Wir fordern die Heraufsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 425 bei unveränderten Hebesätzen der Grundsteuern A und B. Ca. 480.000 € Mehreinnahmen im städtischen Haushalt würde das bringen. Noch deutlich mehr, wenn sich das „Wunder von Mettingen“ bei uns wiederholt. Wir haben diesen Vorschlag schon im letzten Jahr gemacht. Wäre er umgesetzt worden, müssten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und Sie, Herr Bürgermeister, einsehen: die zuvor erwähnten zusätzlichen Maßnahmen zu Lasten der Familien sind nicht notwendig.

Die Diskussion um die Gründung eigener Stadtwerke ist in vollem Gange und in der Öffentlichkeit angekommen. Stadtwerke können einen wesentlichen Beitrag zu ausgeglichenen Stadtfinanzen leisten. Die Konzessionen für das Strom- und Gasnetz laufen 2015 aus. Die ersten Ergebnisse der Gutachter sprechen ganz eindeutig für einen Erwerb des Netzes. Mehr werde ich an dieser Stelle dazu nicht sagen, weil wir uns an das Gebot der Verschwiegenheit von Angelegenheiten aus nichtöffentlichen Sitzungen halten.

Das Strom- und Gasnetz muss zurück in das kommunale Eigentum kommen. Und zwar ohne RWE-Beteiligung. Dafür gibt es gute Gründe. Wir wollen nicht, dass die Erträge aus Energielieferungen

in den Taschen von Aktionären und Konzernvorständen verschwinden. Ein weiterer gewichtiger Grund ist - ich zitiere:

„Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.

Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“

Das ist Artikel 27 Landesverfassung NRW. Kaum noch bekannt; die Lobbyisten der Konzerne haben das Bewusstsein verändert.

Diese Lobbyisten sind auch in Ibbenbüren fleißig am Werk. Die bedenkliche Nähe von RWE zum Rathaus lässt vermuten, dass ein möglichst großer Batzen vom Kuchen in den Händen des Monopolisten verbleiben soll. Natürlich mit Duldung fast aller politischen Kräfte, die im Rat vertreten sind.

Was den Gewinnoptimierer RWE antreibt und was das für Konsequenzen für die Stadtfinanzen hat, wird am Beispiel der Fernwärme deutlich. Laut Energiebericht der Stadt sind die Kosten seit RWE-Übernahme des Heizwerkes um 23% gestiegen. Das Heizwerk Nordstrasse hätte nie und nimmer in RWE-Hände kommen dürfen. Warum es dennoch so kam, wissen Sie, Herr Bürgermeister, sicherlich am besten.

Fehler dieser Art dürfen sich nicht wiederholen. Ibbenbüren muss handeln und ökologisch sinnvolle Energiegewinnung auch ökonomisch nutzen. Die kürzlich vorgestellte energetische Nutzung von Laub und Strauchschnitt ist vorbildlich und muss umgesetzt werden. Das Rathaus darf hier nicht weiter auf der Bremse stehen.

Den Haushaltsentwurf 2012 lehnen wir ab. Aufgrund fehlender Abschlüsse aus den Vorjahren sehen wir die Grundlagen einer ordnungsgemäßen Buchführung sowie die Erfordernisse der §§ 95 und 96 Gemeindeordnung NRW als nicht erfüllt an.

Der Haushaltsplan 2012 ist ungerecht und unsozial. Ibbenbüren verabschiedet sich von seiner Aufgabe, eine für sorgende Kommune zu sein.

Ibbenbüren, 14.März 2012